

Die Nato braucht eine stärkere deutsche Führung

Beim Gipfel in Chicago zeigt sich, dass die Europäer mehr Geld und Engagement in das Bündnis investieren sollten - andernfalls droht Handlungsunfähigkeit

Markus Kaim

Mit den Beschlüssen des Chicagoer Gipfels präsentierte sich die Nato wieder einmal als eine Organisation, deren Mitglieder von dieser Allianz sehr unterschiedliche Dinge erwarten: Die eine Gruppe von Staaten priorisiert die eigene Verteidigung gegen einen Angriff von außen. Die zweite sieht die Nato vor allem als Exporteur von Stabilität und als Krisenmanager. Und die dritte misst der Nato als Organisation nur untergeordnete Bedeutung zu und betrachtet diese vor allem als Instrument, um die USA sicherheitspolitisch an Europa zu binden.

Diese Multifunktionalität erklärt zwar einerseits die anhaltende Attraktivität der Allianz für neue Mitglieder, zugleich droht sie aber in den kommenden Jahren zu einem gewichtigen Problem zu werden, denn angesichts knapper Kassen auf beiden Seiten des Atlantiks werden die Nato-Mitglieder in den kommenden Jahren das Notwendige vom Möglichen scheiden müssen - kurz: Prioritäten setzen.

Gekürzte Militärbudgets

Angesichts von bereits beschlossenen Kürzungen im amerikanischen Verteidigungshaushalt dürften in den USA noch kritischer als bislang Überlegungen angestellt werden, welche Militäreinsätze sich durchführen lassen und im Interesse der USA liegen. Damit, das hat der Chicagoer Gipfel klar gezeigt, steigen die Erwartungen an die Europäer und vor allem an Deutschland, in der Nato Führungsverantwortung zu übernehmen und größere sicherheitspolitische Lasten zu schultern.

Auch die europäischen Nato-Mitglieder hat die anhaltende Schulden- und Finanzkrise veranlasst, ihre Verteidigungsetats erheblich zu kürzen, was dann auch die Handlungsfähigkeit der Allianz als Ganzes betrifft. Ein Bereich, der daher dringendes Handeln erfordert, ist der Bereich der gemeinsamen Verteidigungs- und Rüstungsplanung, das heißt, einzelne militärische Fähigkeiten gemeinsam zu entwickeln und zu betreiben.

Zwar hat der Chicagoer Gipfel eine Liste von Leuchtturmprojekten verabschiedet. Ob diese aber wirklich umgesetzt werden, liegt in der Verantwortung der einzelnen Regierungen. Und Skepsis ist angebracht. Denn die entsprechenden Initiativen der vergangenen Monate und Jahre haben wenig konkrete Ergebnisse gezeigt. Ganz offenkundig stellt "Pooling and Sharing" - die gemeinsame Anschaffung und Nutzung von Rüstungsgütern - für viele europäische Regierungen lediglich die zweitbeste Option dar. Politisch am einfachsten ist es, die Verteidigungsbudgets unter großem Zeitdruck in nationalen Alleingängen zu kürzen, welche Folgen dies auch immer für die militärischen Fähigkeiten der Nato insgesamt haben mag.

Angesichts des absehbaren Semiisolationismus der USA sollten die europäischen Nato-Mitglieder ihre militärischen Beiträge zum weiterhin notwendigen Krisenmanagement durch die Nato zumindest auf dem bestehenden Niveau halten, besser noch erhöhen.

USA wenden sich nach Asien

Die Wege sind bekannt, müssen aber auch beschritten werden: den gesamten Beschaffungsprozess auf Effektivität und Effizienz überprüfen und auf Schlüsselfähigkeiten konzentrieren, die für militärische Krisenintervention relevant sind; die Entwicklung gemeinsamer Kapazitäten vorantreiben und schließlich mehr Geld in die erforderlichen Fähigkeiten investieren.

Gewichtiger ist aber noch das politische Vakuum, das die USA auf absehbare Zeit in der Nato zu hinterlassen drohen: Die politische Innenwende der amerikanischen Gesellschaft wird jeden Präsidenten, gleich welcher politischen Partei er angehören mag, zu militärischer Zurückhaltung und veränderten sicherheitspolitischen Prioritäten zwingen. Die im Januar verkündete sicherheitspolitische Hinwendung

Washingtons nach Asien ist nur ein erstes Beispiel für diese Entwicklung. Wenn sie ein Interesse an einer funktionierenden Nato haben, müssen die Europäer mehr politische Führung übernehmen. Dies gilt auch und besonders für Deutschland. In jüngster Zeit entspricht Deutschland weder den Erwartungen der Bündnispartner noch dem eigenen Selbstbild einer sicherheitspolitischen Mittelmacht mit globaler Verantwortung.

Markus Kaim ist Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik.

(c) 2012 - All rights reserved. Copyright Financial Times Deutschland, Hamburg.
Zweitveröffentlichung mit ausdrücklicher Zustimmung der Financial Times Deutschland